

Drei Freihandelsabkommen stehen im Moment auf der Agenda der Europäischen Union:

- Das Handels- und Investitionsabkommen **TTIP** (USA/EU) soll bis 2015 fertig verhandelt sein. Die Intransparenz der Verhandlungen, der Investitionsschutz, der zu erwartende Abbau von Verbraucherschutzstandards und Arbeitsrechten sowie die massiven Liberalisierungsbestrebungen haben den Widerstand dagegen stark anwachsen lassen.
- Das Dienstleistungsabkommen **TiSA** (EU + 23 weitere Staaten) hingegen kommt erst langsam ins kollektive Bewusstsein. Nach der Veröffentlichung eines geheimen Verhandlungspapiers durch Wikileaks im Juni 2014 wurde deutlich, dass Deregulierung und Liberalisierungen von Finanzmärkten und öffentlicher Daseinsvorsorge in enormem Ausmaß geplant sind.
- Die Verhandlungen um **CETA** (Kanada/EU) sind seit August 2014 abgeschlossen. Der fertige Vertragstext wurde im August geleakt. Wesentliche, beim TTIP kritisierte Punkte wie der Investitionsschutz sind auch darin enthalten – CETA gilt als Blaupause für TTIP. Die Bundesregierung ist bereit, das Abkommen in der jetzigen Form zu akzeptieren.

Kritikpunkte an den Abkommen:

- Um möglichst günstige Bedingungen für internationale Investoren zu schaffen, sollen die unterschiedlichen Arbeits- und Produktionsstandards – als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ bezeichnet – vereinheitlicht werden. Ihre Absenkung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ist das wahrscheinlichste Szenario.
- Der angestrebte Investitionsschutz in TTIP und CETA soll Investoren das Recht einräumen, Staaten vor privaten, geheim tagenden Schiedsgerichten ohne Revisionsmöglichkeit auf Schadensersatz zu verklagen, falls eine politische Entscheidung den Wert einer Investition (z.B. den erwarteten Gewinn) verringert. Solche Klagen können Milliardenbeträge umfassen.
- Wenn größere Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen billiger am Markt anbieten können, setzt das kleinere Unternehmen unter Druck – bis hin zum Bankrott. Die Behauptung, dass die Zahl der dadurch verlorenen Arbeitsplätze kleiner sei als die der versprochenen neuen Stellen, ist sehr fraglich, denn ein großes Unternehmen drückt seine Kosten, indem es mit deutlich weniger Angestellten dieselbe Leistung wie viele kleine Unternehmen erbringt. Zudem erhöht sich der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen.
- Der Dienstleistungssektor soll von einer weitgehenden Liberalisierung erfasst werden. Nur sehr wenige zu schützende Bereiche werden ausgeklammert, das derzeitige Prinzip öffentlicher Dienstleistungen wesentlich in Frage gestellt. Alle drei Abkommen beinhalten Klauseln, welche eine Rücknahme von Liberalisierungen sowie Rekommunalisierungen privatisierter Dienstleistungen verhindern sollen. Auch wurde keine generelle Austrittsklausel formuliert. Der Austritt eines Staates oder eine Abänderung der Abkommen wären nur mit Zustimmung aller beteiligten Staaten möglich.

So geht's weiter:

- Während die Verhandlungen zu TTIP und TiSA unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiterlaufen, soll CETA verabschiedet werden. EU-Ministerrat und EU-Parlament müssten dem von der Kommission vorgelegten Vertragstext mit qualitativer Mehrheit zustimmen. Unklar ist, ob die nationalen Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten die Abkommen annehmen müssen.
- Im September 2014 sollte die **Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP** starten. Die Initiative, hinter der knapp 150 Organisationen aus 18 EU-Staaten stehen, fordert, das Verhandlungsmandat für das TTIP aufzuheben und CETA nicht abzuschließen. Die EU-Kommission hat die EBI nicht zugelassen. Das Bündnis hinter der EBI hat bereits angekündigt, diese auf eigene Faust durchzuführen und vor dem Europäischen Gerichtshof auf deren Zulassung zu klagen.

Genauere Hintergrundinformationen und Links zu verschiedenen Kampagnen und geleakten Dokumenten sowie Termine finden sich unter: www.vorsicht-freihandel.de